

Bezugsgebühr:

Wiederholt die Bezugsgebühr bei jeder...
Wiederholt die Bezugsgebühr bei jeder...

Dresdner Nachrichten
Begründet 1856

Anzeigen-Carif.

Erhöhe von Anzeigen...
Erhöhe von Anzeigen...

Verleger: Nr. 11 und 2096.
Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Der Detail-Verkauf der J. M. Korschatz, A. Markt
Damenhut-Fabrik No. 6

Nähmaschinen
Haupt-Niederlage: H. Niedenführ,
Struvestrasse 9, zunächst d. Prager Str.

Gustav Smy
Uhren-Goldwaren
Weihnachts-Neuheiten eingetroffen
Moritzstr. 10 Ecke König-Joh-Str.

Spielwaren-
Weihnachts-Ausstellung.
K. S. Hoflieferant B. A. Müller Prager Str. 32/34

Spezialität: Vernickeln und Schärpen von Schlittschuhen aller Systeme
Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1-3, Hofgebäude.

Nr. 348. Spiegel: Kampf gegen den Ultramontanismus.
Diensttag, 18. Dezember 1906.

Der Kampf gegen den Ultramontanismus,

den die tollkühne französische Regierung mit so großem Nachdruck
und fortwährendem Erfolg führt, ist für uns Reichsdeutsche, die
wir jetzt im Begriffe stehen, unter Führung der verantwortlichen
Stellen in kraftvollem Ringen den Ausweg aus einer durch die
heftige Annahme unerträglich gewordenen Situation zu suchen,
ein Vorbild und Beispiel, wie es gemacht werden muß, um das
römische Joch abzuschütteln. Dabei braucht nicht erst besonders
betont zu werden, daß es sich für uns niemals darum handeln
kann, denjenigen Maßnahmen der dritten Republik Beifall zu
zollen, die augenscheinlich vom Wege abirren, indem sie sich nicht
bloß gegen das weltlich-politische ultramontane System, gegen die
jehuslich-bischofliche Ausbeutung der kirchlichen Gewalt zu
eigentlichen kirchlichen Machtstreben, sondern gegen die Religion
selbst richten. Unter diesen Rahmen fallen z. B. Maßregeln wie
die Entfernung der Kreuztische aus den Gerichtssälen und die
Erhebung der bisherigen Aufsicht auf den französischen Bänken
„Gott schütze Frankreich“ durch einen anderen, blickt von den
offiziellen Gelehrten noch nicht gefundenen Spruch, der es
vermeidet, irgend einen Hinweis auf die Vorsehung zu geben.
Derartige Dinge gehören zweifellos in das Gebiet der direkt religions-
feindlichen Ausschreitungen, an denen die große Revolution über-
reich war. Wenn die Mehrheit des französischen Volkes solche
atheiistischen Wortzüge, die sich mit dem Kampf gegen den Ultramontanismus
verbinden, ruhig hinnimmt, so ist das nur ein Beweis dafür,
wie weit der innere Abfall der Volksmassen von der römischen
Kirche in Frankreich bereits gekommen ist. Der hohe Klerus der
Republik stimmt jetzt über die Gleichgültigkeit der Katholiken
Klagelieder an und schiebt ihr die Schuld in die Schuhe, daß es
so weit gekommen sei. Das heißt aber Ursache und Wirkung
verwechseln; denn die religiöse Laubheit der französischen Katho-
liken ist doch erst hervorgerufen worden durch das ungeheure
Verhalten des Episkopats selbst, der das kirchliche Leben in
Kampfstellungen erkorren ließ und die heiligen Pflichten der Seelsor-
ge über den weltlichen Geschäftswesen und dem politischen
Kultus hinweg vernachlässigte.

Können wir in Deutschland unseren westlichen Nachbarn auf
den bereits deutlich erkennbaren Spuren der Religionsfeindschaft
nicht folgen, so haben wir um so mehr Ursache, uns diejenigen
Lehren zu eigen zu machen, die sich für uns aus der Energie-
entfaltung der französischen Republik gegenüber den weltlichen
Ubergewichten des Ultramontanismus ergeben. Ein Staat, der sich
auf die Dauer von einer ultramontanen Partei seine Gesetze und
Einrichtungen vorschreiben lassen wollte, würde unfehlbar in eine
allgemeine dumpfe und stumpfe Stagnation aller Verhältnisse ge-
raten, in der schließlich auch das geistliche Erbteil Luthers dem
Untergange geweiht wäre. Darum mußte endlich einmal der
Augenblick kommen, wo ein deutscher Staatsmann die Zeit
bei der Stirnlocke faßte und eine entscheidende Tat vollführte.
Für die Lebenden war das plötzliche Sichemporkommen des
Nächsten Willen gegenüber dem Zentrum eine Überraschung.
Einem späteren Geschlechte dagegen, das die Gegenwart in
Lichte der geschichtlichen Entwicklung betrachtet, wird die jetzige
Episode, die in Deutschland die Auseinandersetzung mit dem
Ultramontanismus einleitete, wahrlich als etwas durchaus
Notwendiges und Folgerichtiges erscheinen, das gar nicht anders
kommen konnte, weil eben die entscheidende Stunde zu einem
solchen Vorgehen geschlagen hatte.

Die Gefährlichkeit des ultramontanen Prinzips äußert
sich nicht nur in der inneren Politik durch die Unterbindung der
arohen, kräftig pulsierenden Schlagadern des wahren Fort-
schritts und der geistigen Aufklärung, sondern sie zeigt sich auch
in einer Erstarrung der internationalen Beziehungen der
Staaten und Völker untereinander. In welchem Maße das
noch heute der Fall ist, beweist das Verhältnis zwischen Italien
und Oesterreich. Die italienischen Franzosenfreunde hätten
schwerlich sich so fest im Sattel zu setzen können, wie sie es
tatsächlich getan haben, wenn sie sich nicht des sehr wirksamen
Institationsmittels zu bedienen vermöchten, das ihnen die
Vorherrschschaft des Merkantilismus in Oesterreich an die Hand
gibt. Während deutsche Zeitungen Oesterreichs weisen ohne
Umstände aus Anlaß der jüngsten Erörterungen über die Ver-
änderungen und Verschiebungen in Italien darauf hin, daß die
Italiener durch die Oesterreicher hätten, weil sie daran glaubten,
daß der österreichische Merkantilismus im Grunde eine, einen
Krieg zu entfesseln, der es auf die Zerstörung des italienischen
Nationalstaates zum Zwecke der Wiederherstellung des Kirchen-
staates abziele. Derselben Blätter bemängeln es auch, daß die
kerikalischen Kampfbereine in Oesterreich offiziell bevorzugt
werden, und daß die Wortführer auf den Katholikentagen mit
Vorliebe zu den höchsten staatlichen Aemtern herangezogen
werden. Als einen Ausfluß dieser Stimmung muß man auch die
ostentativen franzosenfreundlichen Aushandlungen betrachten,
die die Italiener in der letzten Zeit veranstaltet haben, um ihre
Sympathie mit der Kulturkampfpolitik der französischen Republik
zum Ausdruck zu bringen. Ist diese Stimmung des italienischen
Volkes nicht eine Warnung für uns selbst? Haben nicht unsere

deutschen Ultramontanen fortgesetzt auf ihren Parteitanzen die
Forderung nach Wiederherstellung des Kirchenstaates wieder-
holt? Das mußte in Italien einen um so übleren Eindruck
machen, als gleichzeitig bei uns in der Reaktion der ultra-
montane Einfluß anscheinend in unangenehmer Weise be-
griffen war und sich kein Ende absehen ließ, was alles noch
werden würde. Den deutschen evangelischen Kreisen möchte
sich förmlich die Kehle zuschnüren, wenn sie die Botenboten aus
dem Vatikan vernähmen, wie man dort auf Deutschland als
den Hort des Ultramontanismus die überdimensionalsten Hoff-
nungen setzte und im Geiste schon die Schlacht zwischen Katho-
lizismus und Protestantismus auf märkischem Sande nach der
Vierjährigen Prophezeiung zu gunsten des Papstes ent-
schieden sah. Das gab dann wiederum der französischen Demo-
kratie Veranlassung, das Gerücht zu nahren, daß der Vatikan
im gezeichneten Augenblick verfallen würde, Deutschland in einen
Krieg mit Frankreich zu ziehen, um gewaltsam dem besiegten
Frankreich das ultramontane Joch von neuem aufzuzwingen.
An Frankreich wurde diese Redart um so leichter verwechselt,
als es ja nach dem Bismarck'schen Renais nichtig geblieben, daß
der im Vatikan allmächtige Ultramontanismus den 70er Krieg in der
Absicht entfacht hat, Frankreich als die damals noch schorame
„älteste Tochter der Kirche“ über die auflühende deutsche
protestantische Vormacht triumphierten zu lassen und durch die Ver-
windung Preußens den Weg für eine moderne päpstliche Welt-
herrschafft freizumachen. Es hätte sich also in diesem Falle
lediglich um ein unglückliches Verfahren gehandelt.

Die Geschichte beweist es auf zahlreichen Beispielen, daß der
Ultramontanismus mit seiner geheimen diplomatisch-politischen
Wählerarbeit, wie sie von der den Vatikan beherrschenden
Klerikalen Partei ansetzt, ein den Frieden und die Eintracht der
Völker störendes Element ist. Will man dieses verwerfliche und
verderbliche System mit der Wurzel austreiben, so gibt es keine
andere Möglichkeit, als die Heranbildung eines von Rom unab-
hängigen, wahrhaft nationalsozialistischen Klerus, zu dem sich in
Frankreich bereits ein Weg gebildet hat. Dort hat ein katho-
lischer Geistlicher, der Abbé Moineau, der Begründer eines den
geklärten Fortschritten entsprechenden Kulturvereins, den Klerus
gehört zu erklären: „Ich bin Franzose und Republikaner und
deshalb mehr den Gesetzen meines Vaterlandes als denen
des Papstes in Rom unterworfen. Wenn der Erzbischof mich
irren will, werde ich zu Clemenceau gehen, um mir Rat zu
holen.“ Wenn die Mehrheit der Priester von solchem nationalen
Geist erfüllt wäre, würde der jehusliche Ultramontanismus
halb jenseitigen Einflusses in der inneren und der äußeren Politik
der modernen Staaten verlustig gehen. Hier, in der Ver-
bindung einer nationalen Kirche, muß deshalb auch das Gedank-
gut der deutschen anti-ultramontanen Bewegung liegen. Wahrheit
verlangt, weitschauende und auferordentlich anerkennende
Gedanken entwickelt über diese große, das nationale Bewußtsein
am Grunde stehende Frage der bekannnte Bismarck-Schrift-
steller Max Bauer, dessen im Goethe-Verlage in Laubach
erschienenen Werk „Der deutsche Christ“ in seinem
letzten Teile in einem feinsinnigen Gespräch zwischen Bismarck
und dem Papste die Herleitung der deutschen Glaubens-
einheit auf nationaler Grundlage erörtert. Das
Bewerke die Bude, dessen Empfang der Reichskanzler kürzt Willem
mit einem Danktelegramm beehrt hat, worin er erklärt, daß
er die dort behandelten Probleme mit Interesse studieren
werde, wird sich gerade jetzt im Wahlkampf als eine will-
kommene geistesstärkende Lektüre gegen den Ultramontanismus
bewähren.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Dezember.

Auflösung des Reichstages und bevorstehende Neuwahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von den Verhandlungen des
Waldenburger Reichstages ist an den Kaiser folgendes
Telegramm abgegangen: „2. bis 3000 vom
Verbande der reichstreuen Bergarbeitervereine Niederösterreichs
Beratung über die Reichstagsfrage einberufen. Berg-
arbeiter des Waldenburger Reichstages bringen ein.
Möglichkeit als untern obersten Verabreiter ein.
Schluß auf der und geloben, tren zu halten zu Wort und Reich.
Der Vorstand der reichstreuen Bergarbeitervereine.“

Berlin. (Priv.-Tel.) Offiziell wird geschrieben: In der
ausländischen Presse wird mit einem angeblichen Tele-
gramm des Kaisers an den Reichskanzler über die Auf-
lösung des Reichstages Umgang getrieben. Aus dem Inhalt dieser
Depesche wird mit dem Aufsehen erregender Wiederholungen
die Sage: „Ich jage die ganze Bande zum Teufel!“ angeführt. Die
Londoner „Daily Mail“ beschäftigt sich in zwei Nummern des
Vorgestern mit dieser Geschichte. Wir bezweifeln ihr auch in Wiener
Blättern. Selbstverständlich handelt es sich um eine dumme
Erfindung. Dem Reichskanzler ist ein Telegramm des Kaisers,
das die angeführte oder eine ähnliche Wendung enthält, nicht zu-
gegangen. Während der letzten Reichstagsitzung traf beim
Reichskanzler überhaupt keine kaiserliche Drahtmitteilung ein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Germania“ hat die Kultur-
kampflage geistig und behauptet, die Katholiken sollten
wieder herabgedrückt werden zu wollen- und rechtlosen Deloten.
Dazu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Die konfessionellen
Gegensätze haben bei der Auflösung des Reichstages überhaupt

nicht mitgesprochen; sie können auch im Wahlkampf keine Rolle
spielen, wenn sie nicht vom Zentrum gewaltsam hervorgerufen
werden. Von den Sozialdemokraten wie den liberalen Parteien
wird der Kulturkampfbefehl einstimmig abgelehnt, und in der
Reaktion denkt niemand daran, die Parität in Frage zu stellen.
Wir hoffen, daß es der „Germania“ nicht gelingen wird, die
deutschen Katholiken irre zu führen. Sie dürfen überzeugt sein,
daß ihre religiösen und konfessionellen Empfindungen unge-
fährdet bleiben. Sie sollen sich nur fragen, ob sie in nation-
alen Dingen ihr Gewissen rein halten wollen.“

Freiburg. (Priv.-Tel.) Die Konfession-
ellen bringen einen eigenen Kandidaten für die Reichstags-
wahl, wollen aber von einer Wiederherstellung des Dr. Dertel,
der bis 1900 den Wahlkreis Freiburg-Gemünden vertrat, absehen.

Chemnitz. (Priv.-Tel.) Der Vorstand des Ausschusses des
Landesvereins der Freikirchlichen Volkspartei des
Sächsischen Sachsen wird zum Zwecke der Vorbereitung
zur Reichstagswahl gleich nach dem Weihnachtsest, und
am Sonntag, den 30. Dezember, in Chemnitz zu gemein-
samer Beratung zusammenzutreten.

Flensburg. (Priv.-Tel.) Am 23. jährlichen Reichstags-
wahlkreise Flensburg-Deisby haben die Nationalliberalen ein
Wiederzusammengehen mit den Konservativen be-
schlossen, die eine Kartellkandidatur des Generalleutnants
a. D. v. Liebert in Aussicht genommen hatten. Beide
Parteien werden nun in den nächsten Tagen eigene Kandidaten
ausstellen. Die Freikirchliche Volkspartei, die es im Jahre 1903
auf 6000 Stimmen brachte, denen 833 Sozial- und 16 405
sozialdemokratische Stimmen gegenüberstanden, acht ebenfalls
selbständig vor. Generalleutnant v. Liebert wird nunmehr in
einem anderen sächsischen Wahlkreise kandidieren.

Riga. (Priv.-Tel.) Für den 20. jährlichen Reichs-
tagswahlkreise Riga-Marienburg wurde der bisherige Abge-
ordnete Zimmermann abermals als Kandidat der
deutschen Reformpartei aufgestellt. — Am 11. jährlichen Wahl-
kreise Riga ist von den Antijemiten eine Kandidatur des Staats-
manns Curt Triebke in Aussicht genommen.

Wrocław. (Priv.-Tel.) Der Wahlauftrag des Vor-
standes der deutschen Zentrumspartei ist erschienen. Er
erklärt in der Auflösung des Reichstages einen Angriff auf
dessen Stellung als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung.
Nicht die Annahmegerichte des Kaisers, sondern das Subjekt-
recht des Reichstages bilde den Streitgegenstand.

München. Die Führer der Nationalliberalen schlossen
mit den freikirchlichen Gruppen ein Abkommen ab, wonach fast im
ganzen Reich in allen vom Zentrum und den Sozialdemokraten
gefährdeten Wahlkreisen nur ein gemeinsamer Kandidat
aufgestellt werden soll, über, soweit die Aufstellung
zweier liberaler Kandidaten für die Hauptwahl unzerfährlich
ist, in der etwaigen Stichwahl alle Liberalen zusammenzuführen.

Paris. Wegen eines bloßartigen Vor-
gehens bei der Reichstagswahl für ganz Baden
land gestern nachmittag eine Vorrede der fortschritt-
lichen Parteien statt, zunächst der Nationalliberalen,
Freikirchlichen und Demokraten gelehrt, dann der Demokraten
und Freikirchlichen gemeinsam und schließlich aller drei Parteien zu-
sammen. Man war sich über die prinzipielle Aufrechterhaltung
des Wahlgesetzes einig und leitete die Verhandlungen wegen
einer Verständigung in die Wege.

Zur braunschweigischen Frage.

Braunschweig. (Priv.-Tel.) Auf die dem Herzog
von Cumberland vom braunschweigischen Landtage ge-
stellten Bedingungen, innerhalb dreier Monate sich dahin zu
äußern, ob sämtliche Ämter des herzoglichen Hauses demnach
auf Hannover verfallen sollen oder nicht, hat nunmehr der
Herzog eine Antwort an das hiesige Staatsministerium ge-
langt lassen. In diesem unparlamentarischen Manuskript hält der
Herzog, den Braunschweiger „Neue Post“ zufolge, seine An-
sprüche auf Hannover mit der unbedingten Anerkennung
der deutschen Reichsverfassung im Hinblick auf analoge
Präzedenzfälle in Deutschland für durchaus unzerfährlich
und behauptet, diesen Anspruch niemals anders als auf reichs-
parlamentarischem Wege geltend zu machen. Als deutscher Kurfürst
liebe er sein Vaterland tren und aufrecht, und nie würde er
es aufgeben, daß feindliche Unternehmungen gegen den König
von Preußen oder den preussischen Staat angezettelt werden.
Weil sich alle Welt auf sein Wort verlassen könne, dürfe es
einen Verzicht auf Hannover nicht ausprechen. Der Herzog
legt dem braunschweigischen Hofe die Frage vor, ob dem
Herzogtum mit einem Fürstentum geben sein könne, der mit
solcher Verleugnung und Selbstverleugung, mit solchem Ver-
rat an Treue und Glauben sich den Einzug in die Stadt
Braunschweig des Kaisers erlauben müßte. In den Hannoveranern
habe er, der Herzog, das Vertrauen, daß sie alles unterlassen
würden, was geeignet wäre, die Stellung des Prinzen Ernst
August in Braunschweig zu erschüttern. Mit einer eventuell
Verlegung der Reichsordnung wurde Braunschweig zu keiner
erlaubt sein. Der Herzog gibt, einem, einem Präzedenzfalle,
als jüngster Teil folgend, die frühere Reichstagsfrage, ob Prinz
Ernst August die rechtlichen Voraussetzungen zur Thronbesteigung
in Braunschweig erfüllt, der Entscheidung des Reichs-
gerichts als Stichentscheid zu unterbreiten.

Zur Lage in Frankreich.

Paris. Eine hundert Personen, darunter Priester,
Deputierte, Senatoren und Municipalpolitiker, hatten sich heute
während des ganzen Vormittags aus Anlaß des Ausganges
des Kardinals Richelieu aus dem erzbischöflichen
Palais im Hofe und vor dem Portale des Palais auf und nieder
bewegt. Der Kardinal verließ in Begleitung seiner
Hofdamen Monsignore Aumery und der Generalkassiere
eine solenne Kommittee, die niederkniete, das Palais. Mehrere
junge Katholiken spannten die Fäden aus und zogen den Wagen
langsam durch die Straßen, um Doule des Deputierten
Jennings-Codrin, der den Kardinal selbst empfing. Die den Aus-
gehende Volksmenge war auf dem Platz auf etwa 3000
Köpfe angewachsen.

Rudolph Seelig & Co.,
Prager Strasse
30 und 26
Lackkästen, Teubler, Perforierung, Mieribel.